

(Ausschließlich Bearbeitung laufender Maßnahmen – keine Neuantragstellung.)

Eingliederungshilfe

Überblick

Eine Neuantragstellung ist ab sofort über das Folgeprogramm „[Investitionen Teilhabe](#)“ möglich.

Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen benötigen sehr differenzierte begleitende und unterstützende Hilfen sowie eine entsprechende Förderung und Betreuung, damit sie gleichberechtigt am Leben der Gesellschaft teilnehmen können und behinderungsbedingte Benachteiligungen beseitigt werden. Der Freistaat Sachsen fördert den Bau, die Sanierung und Modernisierung sowie den Erhalt der für diese Aufgaben notwendigen Einrichtungen und die barrierefreie Gestaltung bestehender öffentlich zugänglicher Gebäude und baulicher Anlagen. Die staatliche Förderung erfolgt unter dem Aspekt der vorrangigen Nutzung vorhandener Versorgungsstrukturen sowie der sinnvollen und flexiblen Verknüpfung einzelner Betreuungsbausteine (Netzwerke).

Gefördert werden Investitionen, insbesondere:

- Einrichtungen für behinderte Kinder und Jugendliche,
- Wohnstätten mit interner und mit externer Tagesstruktur einschließlich Außenwohngruppen,
- Werkstätten für behinderte Menschen,
- Förder- und Betreuungsbereiche,
- sonstige Einrichtungen zur Förderung der Teilhabe und Integration,
- Kleinmaßnahmen mit zuwendungsfähigen Ausgaben von bis zu 100.000 EUR, insbesondere
 - Erstausrüstung für zusätzlich zu schaffende Plätze in Werkstätten für behinderte Menschen, Förder- und Betreuungsbereichen oder Außenwohngruppen
 - sonstige Maßnahmen an Einrichtungen nach den Nummern 1 bis 5
- Maßnahmen des barrierefreien Bauens bei bestehenden öffentlich zugänglichen Gebäuden und Einrichtungen.

Folgende Kosten nach DIN 276 sind förderfähig:

- Bau (Kostengruppen 300-500/700)
- Ausstattungen (Kostengruppe 600)

Die Zuwendungen werden als Festbetragsfinanzierung im Rahmen von Projektförderungen in Form von Zuschüssen gewährt. Die Höhe der Förderung beträgt bis zu 80 Prozent, bei überregionalen

Einrichtungen bis zu 90 Prozent, der zuwendungsfähigen Ausgaben. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.

Im Jahr 2014 fördert der Freistaat Sachsen auf Grundlage der Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz zum Investitionsprogramm Barrierefreies Bauen 2014 „Lieblingsplätze für alle“ die Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen durch die Beseitigung bestehender Barrieren öffentlich zugänglicher Gebäude und Einrichtungen. Weitere Informationen finden Sie hier.

Wer wird gefördert

Träger, die in der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen tätig sind.

Was wird gefördert

Der Bau, die Sanierung und Modernisierung sowie der Erhalt von Einrichtungen für behinderte Menschen.

Voraussetzungen

Antragsberechtigt sind:

- bei Maßnahmen nach den Nummern 1 bis 6 Träger, die in der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen tätig sind, und
- bei Maßnahmen nach Nummer 7 die jeweiligen Eigentümer.

Voraussetzungen für den Erhalt der Förderung

- Der örtlich zuständige Landkreis oder die örtlich zuständige Kreisfreie Stadt muss sich in Höhe von 10 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben an der Finanzierung beteiligen. Dieser Kommunalanteil ist bei überregionalen Einrichtungen sowie bei den Maßnahmen nach Nummer 6 Buchstabe a nicht erforderlich.
- Mindestens 10 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben sind vom Zuwendungsempfänger aufzubringen.

Darüber hinaus müssen für Maßnahmen nach den Nummern 1 bis 5 folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- Es liegt eine Bedarfsbestätigung des örtlich zuständigen Landkreises oder der örtlich zuständigen Kreisfreien Stadt und des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen vor. Bei überregionalen Einrichtungen erfolgt die Bedarfsbestätigung durch den Kommunalen Sozialverband Sachsen in Abstimmung mit dem Landkreis oder der Kreisfreien Stadt, in deren Gebiet die Maßnahme stattfindet. Bei Werkstätten für behinderte Menschen ist außerdem eine Bedarfsbestätigung durch die Bundesagentur für Arbeit erforderlich.

- Es liegt eine schriftliche Zustimmung zum Vorhaben und dem zu Grunde liegenden Bau-/ Raumprogramm vom örtlich zuständigen Landkreis oder der örtlich zuständigen Kreisfreien Stadt, vom Kommunalen Sozialverband Sachsen und bei Werkstätten für behinderte Menschen auch vom Technischen Beratungsdienst des Integrationsamtes sowie gegebenenfalls von anderen beteiligten Zuwendungsgebern vor. Bei überregionalen Einrichtungen ist die Zustimmung des Landkreises oder der Kreisfreien Stadt nicht erforderlich.
- Der Zuwendungsempfänger muss Eigentümer des zu bebauenden Grundstücks beziehungsweise des umzubauenden Gebäudes oder Inhaber eines langfristigen Erbbaurechts mit entsprechender Zweckbindung sein. Entsprechende Nachweise sind dem Antrag beizufügen. Weitergehende Informationen finden Sie in den Planungsempfehlungen für Einrichtungen der Eingliederungshilfe im Freistaat Sachsen.
- Der Zuwendungsempfänger muss Fördermöglichkeiten anderer Zuwendungsgeber ausschöpfen.
- Sind Kommunen Einrichtungsträger und Zuwendungsempfänger, ist die Sicherung der Gesamtfinanzierung des Vorhabens einschließlich der Folgekosten unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung durch eine positive gemeindewirtschaftliche Stellungnahme der Rechtsaufsichtsbehörde gemäß Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Grundsätze der kommunalen Haushalts- und Wirtschaftsführung und die rechtsaufsichtliche Beurteilung der kommunalen Haushalte zur dauerhaften Sicherung der kommunalen Aufgabenerledigung (VwV Kommunale Haushaltswirtschaft) vom 7. Oktober 2005 (S. 1146), in der jeweils geltenden Fassung nachzuweisen.

Für Maßnahmen nach Nummer 6 ist zu beachten:

- Als Kleinmaßnahmen (zuwendungsfähige Ausgaben bis 100.000 €) werden vorrangig die Erstaussstattungen für zusätzlich zu schaffende Plätze in Werkstätten für behinderte Menschen, Förder- und Betreuungsbereichen, Außenwohngruppen, Einrichtungen der Ganztagsbetreuung für behinderte Kinder und Jugendliche sowie in Heilpädagogischen Gruppen im Rahmen von Pauschalen pro Platz nach Punkt 5.3 der Richtlinie gefördert.

Neben dem formellen Antrag sind einzureichen:

- Kurzbeschreibung der Maßnahme/Konzeption,
- Ausstattungsliste,
- Bedarfsbestätigung des örtlich zuständigen Landkreises oder der örtlich zuständigen Kreisfreien Stadt und des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen,
- sofern erforderlich die Bestätigung des Kommunalanteils in Höhe von 10 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben.
- Bei Werkstätten für behinderte Menschen ist außerdem eine Bedarfsbestätigung durch die Bundesagentur für Arbeit erforderlich.

Für Maßnahmen des barrierefreien Bauens (Nummer 7) sind vorzulegen:

- Formeller Antrag,
- Konzeption,
- Baubeschreibung,

- Kostenschätzung nach DIN 276,
- Entwurfsplanung,
- Bedarfsbestätigung des örtlich zuständigen Landkreises oder der örtlich zuständigen Kreisfreien Stadt,
- Eigentumsnachweis,
- Flurkarte,
- Stellungnahme der Beratungsstelle "Barrierefreies Bauen",
- sofern erforderlich die Bestätigung des Kommunalanteils in Höhe von 10 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben.

Der Zuwendungsempfänger muss Eigentümer des zu bebauenden Grundstücks beziehungsweise des umzubauenden Gebäudes oder Inhaber eines langfristigen Erbbaurechts mit entsprechender Zweckbindung sein. Entsprechende Nachweise sind dem Antrag beizufügen.

Konditionen

Die Zuwendung wird als Projektförderung im Wege der Anteilsfinanzierung gewährt. Der zweckgebundene Zuschuss kann in der Regel bis zu 70 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben betragen.

Ablauf/Verfahren

Zuständige Stelle

Antrags- und Bewilligungsstelle ist die Sächsische Aufbaubank - Förderbank - (SAB). Der Antrag ist unter Verwendung der entsprechenden Antragsformulare schriftlich bei der SAB einzureichen.

Verfahrensablauf

Der Antrag ist unter Verwendung der entsprechenden Antragsformulare schriftlich bei der Sächsischen Aufbaubank - Förderbank - einzureichen

Frist/Dauer

Der Antrag ist vor Beginn des zu finanzierenden Vorhabens zu stellen.

Rechtsgrundlagen/Infoblätter

- [Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales zur investiven Förderung von Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen vom 23. April 2007](#)

Kosten

Es fallen keine Kosten bzw. Gebühren bei der Sächsischen Aufbaubank - Förderbank - an.

Formulare/Downloads

Antragstellung

- [Identitätsfeststellung durch zuverlässige Dritte - 60311](#)
- [Anzeige eines Zeichnungsbefugten \(Unterschriftenprobe\) ausschließlich Zuschuss - 61547-1](#)
- [Datenschutzhinweise für Kunden / Interessenten \(DSGVO\) - 64005](#)
- [Grundschuldbestellung SMS - 60032](#)
- [Planungs- und Kostendaten \(Muster 5 zu § 44 SÄHO\) - 61359](#)

Auszahlung

- [Auszahlungsantrag Zuschuss - 61323](#)
- [Belegliste verkürzt - 61388](#)
- [Belegliste DIN276 - 61329](#)
- [LM EFRE Mittelanforderung Baumaßnahmen - 60571](#)

Verwendungsnachweis

- [Eingliederung Verwendungsnachweis - 61352](#)
- [Teilhabe Ausgabegegenüberstellung - 61352-1](#)
- [Teilhabe Beschaffungsplan ausführlicher Verwendungsnachweis - 60544](#)
- [Teilhabe Beschaffungsplan einfacher Verwendungsnachweis - 61360](#)
- [Teilhabe Bestätigung einer zweckentsprechenden Verwendung von Immobilien/ Ausstattungsgegenständen Jahresmittelung - 60543](#)
- [Planungs- und Kostendaten \(Muster 5 zu § 44 SÄHO\) - 61359](#)

KONTAKT

Nicklisch, Denis
0351 4910-4283
0351 4910-4205
soziale_infrastruktur@sab.sachsen.de